



Die Lügen der Agrarindustrie  
und die Fakten

## Bauernhöfe statt Agrarindustrie

Der BUND engagiert sich für eine Politik, die bäuerliche Agrarstrukturen fördert, den agrarindustriellen Sektor zurückdrängt und Bauernhöfen, dem Ökolandbau, Tieren und Verbrauchern nutzt. Noch immer ist der Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung viel zu hoch, sind irreführende Kennzeichnungen erlaubt und mit Gentech-Futter erzeugte Produkte wie Milch, Fleisch und Eier nicht gekennzeichnet. Noch immer wird Steuergeld für die Gentechnik verschwendet und mit Exportförderungen die Existenz von Kleinbauern in armen Ländern zerstört. Risiken und Nebenwirkungen der agrarindustriellen Produktion werden unter den Teppich gekehrt und Verbraucher zu reinen Konsumenten degradiert – das haben wir satt!

EU-Agrarsubventionen in Höhe von jährlich über 50 Milliarden Euro sind bislang nicht an ausreichende Tier- und Umweltschutzstandards gekoppelt. Brüssel will zwar für eine grünere Agrarpolitik sorgen und einen Teil der Gelder an Umweltprogramme binden. Doch die Bundesregierung blockiert weiterhin eine tier- und naturschutzgerechte Neuverteilung der Subventionen – das haben wir satt!

Der BUND fordert eine tiefgreifende Agrarreform. Es geht um die Beendigung der Überproduktion, faire Marktregeln für umwelt- und tiergerecht wirtschaftende Bauernhöfe und die Umverteilung der Agrarsubventionen zum Schutz von Boden, Klima, Tieren, Wasser, Natur und Artenvielfalt.



## Die Fleischindustrie in Deutschland behauptet:

»Moderne, intensive Landwirtschaft bietet sichere Lebensmittel«

### Das ist falsch. Zutreffend ist:

In industriellen Mastanlagen fristen Schweine, Hühner, Puten und andere Nutztiere ein qualvolles Dasein. Die Tiere ertragen ihr vom Stress geprägtes Leben nur durch den massiven Einsatz von Antibiotika. Ein paar Fakten:

- 1.619 Tonnen Antibiotika wurden 2012 in Deutschland in der Tierhaltung eingesetzt, mehr als doppelt so viel wie beim Menschen.
- In 82 Prozent der Masthuhnbetriebe, 77 Prozent der Mastschweinbetriebe und 100 Prozent der Mastkalbbetriebe (Beispiel Niedersachsen) werden Antibiotika eingesetzt.
- Der BUND fand bei Untersuchungen in mehr als der Hälfte der Geflügelfleischproben multiresistente Keime (MRSA, ESBL).
- Verbraucher können sich beim Zubereiten des Fleisches mit antibiotikaresistenten Keimen kontaminieren.



- In Deutschland sterben nach Einschätzung von Ärzteorganisationen etwa 30.000 Menschen pro Jahr, weil Antibiotika bei ihnen nicht mehr wirken.

**Der BUND fordert die gesetzlichen Vorschriften zur Haltung, Zucht und Fütterung von Tieren so zu verbessern, dass nur noch Einzeltiere im Krankheitsfall mit Antibiotika behandelt werden. Wir fordern als ersten Schritt die Halbierung des Antibiotika-Einsatzes bis 2017. Für die Humanmedizin wichtige Antibiotika dürfen in der Massentierhaltung nicht mehr eingesetzt werden.**

**Die Bevorzugung des Baus von Massenställen in Außenbereichen von Ortschaften gehört ebenfalls abgeschafft.**

Der Bund empfiehlt Verbraucherinnen und Verbrauchern, Fleisch von Öko-Bauernhöfen und von Neuland zu kaufen, weil auf diesen Höfen Antibiotikagaben die Ausnahme und nicht die Regel sind.

Die Agrarindustrie will uns glauben machen:

**»Von der Verteilung der Subventionen profitieren die Bauern«**

Mehr Infos  
zum Thema:  
[bund.net/  
landwirtschaft](https://bund.net/landwirtschaft)



## Das ist falsch. Zutreffend ist:

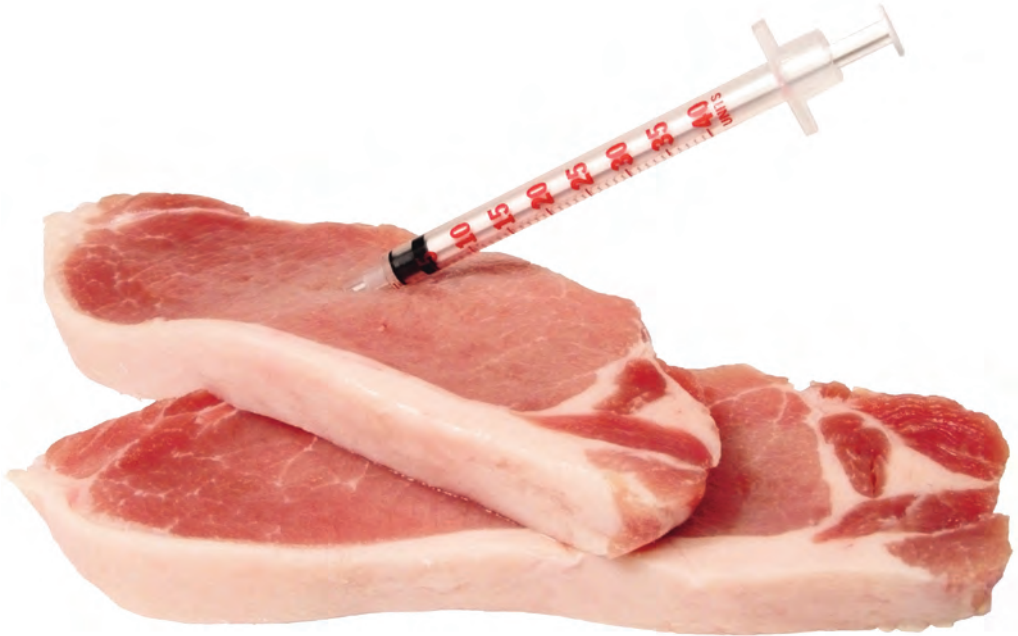
- Die Fleischindustrie in Deutschland profitiert von über einer Milliarde Euro Agrarsubventionen pro Jahr aus Brüssel, Berlin und den Ländern.
- In Deutschland erhielten im Jahr 2012 insgesamt 332.410 Betriebe Subventionen aus den EU-Agrarfonds. Hierzu zählen allerdings nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch Rüstungsfirmen wie die Rheinmetall AG (knapp 40.000 Euro).
- Gleichzeitig bekommt eine kleine Gruppe von ca. 6.700 Subventionsempfängern (2%) je Betrieb mehr als 100.000 Euro pro Jahr, zusammen satte 30 Prozent aller Direktzahlungen.
- Rund 44 Prozent der Bauernhöfe bekommen weniger als 5.000 Euro pro Jahr, das sind zusammen lediglich 5 Prozent aller Direktzahlungen.
- Die Bundesregierung verteidigt die ungerechte Verteilung von Subventionen, die zudem oft an Millionäre gehen. Und sie wehrt sich gegen eine Obergrenze für Subventionen und eine soziale Bindung an den Arbeitsbedarf auf den Höfen.

**Der BUND fordert eine tiefgreifende Agrarreform! Wir brauchen die staatlichen Agrargelder für eine Umstellung unserer gesamten Landwirtschaft auf umwelt- und tiergerechte Wirtschaft zum Schutz von Boden, Klima, Tieren, Wasser, Natur und Artenvielfalt.**



Die Fleischindustrie behauptet:

**»Der Einsatz von Hormonen ist ein wesentliches Instrument zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit«**



## Fakt ist:

- Die Tiere leiden unter dem Hormoneinsatz: Die künstliche Steigerung der Anzahl der Ferkel je Sau und Jahr stellt eine starke Belastung für die Sauen dar. Lahmheit, Gliedmaßenschäden, plötzliche Todesfälle, Fruchtbarkeitsprobleme, Abmagerung und erhöhte Krankheitsanfälligkeit sind die Folge.
- Durch die enorme Steigerung der Ferkelzahl je Wurf kommen auch immer mehr Ferkel tot zur Welt oder sterben direkt nach der Geburt.
- Durch die nicht artgerechte Haltung verzögert sich häufig die Geschlechtsreife der Tiere. Solche haltungsbedingten Probleme sollen durch den systematischen Einsatz von Hormonen überdeckt werden.
- Die Hormone gelangen mit der Gülle in die Umwelt und belasten Gewässer. Eine Gefährdung des Menschen durch diese Substanzen wird in der Regel stark unterschätzt.
- Beim Menschen wird seit einigen Jahren ein Anstieg hormonabhängiger Krebsarten festgestellt. Auch Fruchtbarkeitsprobleme bei Männern und Frauen sowie eine immer früher einsetzende Pubertät werden beobachtet.
- Bereits in sehr geringen Dosen können Hormone, wie sie auch in der Schweinemast eingesetzt werden, zu Unfruchtbarkeit, zu Fehlbildungen der Geschlechtsorgane und zur Umwandlung von männlich zu weiblich führen. Dies wurde bei Tierversuchen im Labor wie auch bei Wildtieren in der Natur beobachtet.

**Der BUND fordert ein Verbot des Hormoneinsatzes zur Leistungssteigerung und zur Gleichschaltung der Tiere. Turbozucht mit Hormonen ist nicht vereinbar mit dem Tierschutz und belastet die Umwelt!**

Die Pestizidhersteller behaupten:

**»Moderne Pflanzenschutzmittel sind staatlich zugelassen  
und damit sicher für Mensch, Tier und Umwelt«**

Immer auf  
dem Laufenden –  
mit dem Newsletter  
»Natur und  
Landwirtschaft«:  
[bund.net/  
newsletter](http://bund.net/newsletter)





## Das ist falsch. Zutreffend ist:

Der Staat organisiert zwar ein aufwendiges Zulassungsverfahren. Dieses weist aber zahlreiche Mängel auf:

- Es werden fast ausschließlich Studien berücksichtigt, die von den Pestizidherstellern in Auftrag gegeben sind. Diese bleiben unter Berufung auf »vertrauliche Geschäftsgeheimnisse« so gut wie immer unpubliziert. Eine Überprüfung durch unabhängige Wissenschaftler ist so nicht möglich.
- Kombinationswirkungen beim Einsatz mehrerer Pestizide werden im Zulassungsverfahren kaum bis gar nicht berücksichtigt.
- Pestizide schädigen auch streng geschützte Tiergruppen wie Amphibien und Fledermäuse. Dieser gravierende Umstand spielt im Zulassungsverfahren aber keine Rolle.



Die Gentech-Lobby behauptet:

»Agro-Gentechnik bekämpft den Welthunger. Gentech-Pflanzen sind widerstandsfähiger und sorgen für höhere Erträge«

Mehr Infos  
zum Thema:  
[bund.net/  
gentechnik](http://bund.net/gentechnik)



## Das ist falsch. Zutreffend ist:

- Gegen Hitze, Trockenheit oder Kälte geifeite Pflanzen gibt es nicht. Das sind Kopfgeburten der Gentechnik-Konzerne.
  - Keine einzige Gentech-Pflanze, die auf dem Markt ist, hilft gegen den Hunger in der Welt.
  - Gentechnisch veränderte Pflanzen sind nicht für die Teller der Armen bestimmt, sie gelangen als Tierfutter in die Tröge oder als »Bio-Sprit« in die Tanks von Autos.
  - 80 Prozent der im Tierfutter eingesetzten Proteinpflanzen importiert die EU. Dafür nimmt sie rund 20 Millionen Hektar Land in Ländern des globalen Südens in Anspruch. Pro Jahr werden in der EU über 30 Millionen Tonnen Sojaschrot verfüttert (etwa 5 Millionen davon in Deutschland) – der Anteil gentechnisch veränderten Sojas ist dabei sehr hoch.
  - Alle Gentech-Multis entwickeln herbizidtolerante und insektenresistente Pflanzen. Aus deren Sicht ist das konsequent, sind sie doch Wirtschaftsunternehmen und keine Wohlfahrtsverbände. Sie wollen vor allem den Absatz ihrer – Mensch und Natur vergiftenden – Pestizide sichern und die Märkte besetzen.
  - Hungerkrisen haben vor allem gesellschaftliche und politische Ursachen und können nicht mit Gentech-Pflanzen vermieden werden.
- Der BUND unterstützt die Empfehlungen des Weltagrarrats zur Hungerbekämpfung wie: Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft, Produktion regional angepasster Pflanzensorten für heimische Märkte mit gerechten Preisen und die Ausbildung vor allem von Frauen, die in den meisten Fällen die Ernährung der Familien sichern. Die Gentechnik nennt der Weltagrartrat ausdrücklich nicht.**

Die Agrosprit-Industrie in Deutschland behauptet:

**»Biosprit ist umweltfreundlich«**



## Das ist falsch. Zutreffend ist:

- Die Klimabilanz vieler sogenannter »Biotreibstoffe« ist ebenso schlecht und teilweise noch schlechter als die konventioneller Kraftstoffe. Agrosprit schädigt die Artenvielfalt, Rohstoffe werden mit hohem Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger als Monokulturen angebaut. Erforderlich sind außerdem große Mengen Wasser. In Ländern mit Wasserknappheit verschärft Agrosprit dieses Problem.
- Durch Agrosprit für Autos werden in ärmeren Ländern oft wertvolle Flächen belegt. Dies verdrängt zum Teil den Anbau von Nahrungsmitteln und Futter, der dann auf bisher ungenutzte Flächen oder frühere Waldgebiete ausweicht (»indirekte Landnutzungsänderung«).
- Das in deutschen Autos eingesetzte Ethanol (z. B. in »E10«) wird bereits zur Hälfte importiert. Auch beim Biodiesel ist Deutschland auf Palmöl-Importe angewiesen.
- Weltweit gehen bereits 15 Prozent der Maisesnte (zumeist gentechnisch veränderter Mais) in die Herstellung von Ethanol und etwa 16 Prozent der aus Raps, Soja (ebenfalls gentechnisch verändert), Sonnenblumen und Palmöl erzeugten Rohstoffe in die Herstellung von Agrodiesel. Die steigende Nachfrage und die Verknappung von Anbauflächen verschärfen Armut und Hunger.

**Der BUND fordert die Abschaffung der EU-Zielvorgaben zu Agrokraftstoffen. Zudem müssen bei ihrer Klimabilanz wichtige Faktoren berücksichtigt werden (wie die Änderung der Landnutzung). Kraftstoffe, die umweltschädlich sind und Hunger schüren, dürfen nicht gefördert werden. Sparsamere Autos, weniger Verkehr und Tempolimits könnten den Kraftstoffverbrauch halbieren. Die EU und die Bundesregierung sollten diese Ziele zur Priorität machen, anstatt weiter inakzeptable »Ersatz«-Kraftstoffe zu fördern.**

## Agrarpolitik, die schmeckt: bio und regional



Machen Sie jeden Tag selbst ein wenig Agrarpolitik: beim Einkaufen. Wählen Sie, wann immer möglich, regionale und ökologisch erzeugte Ware. Als Kunde tragen Sie Verantwortung, denn Ihre Nachfrage beeinflusst das Angebot. Mit der Wahl von Ökoprodukten unterstützen Sie eine Landwirtschaft ohne Gentechnik, Kunstdünger und Pestizide. Und mit weniger Fleischkonsum tragen Sie ebenfalls zum Tier- und Umweltschutz bei.

Biobauern schaffen im Vergleich zu konventionellen Anbietern mehr Arbeitsplätze, sie halbieren den Energieverbrauch und den Ausstoß von Treibhausgasen. Sie schonen natürliche Ressourcen, bewahren naturnahe Landschaften und legen offen, wie sie Lebensmittel erzeugen.

Im BUND-Ratgeber »Zu Bio wechseln« finden Sie eine Bewertung verschiedener Umweltsiegel:

[www.bund.net/besser-leben](http://www.bund.net/besser-leben)

# Der BUND engagiert sich für eine echte Agrarreform

**Auch in Zukunft bleibt der BUND aktiv gegen Gentechnik, Tierfabriken und Dumpingexporte. Wir informieren, stärken und vernetzen Bürgerinitiativen, die vor Ort für gentechnikfreie Regionen und gegen Massentierhaltungen aktiv sind.**

Der BUND trägt mit Gutachten und Recherchen dazu bei, Fakten an die Öffentlichkeit zu bringen, die von der Agrarindustrie und der Politik unter den Tisch gekehrt werden.

**Mit unserem internationalen Netzwerk »Friends of the Earth« werden wir auch weiterhin direkt aus Entwicklungs- und Schwellenländern Berichte und Reportagen über Landraub und Menschenrechtsverstöße durch die Agrarindustrie veröffentlichen.**

Zugleich trägt der BUND die Argumente der Umweltbewegung direkt an die PolitikerInnen in Berlin und Brüssel heran.

## Machen Sie mit!

Die besten Argumente für eine neue Landwirtschaftspolitik sind nur so stark wie die Bewegung, die dahinter steht. Daher benötigen wir Ihre Unterstützung als Mitglieder oder Förderer, um mit Ihrer Hilfe entscheidenden Gegendruck zur Lobby der Lebensmittelindustrie, der Agrogentechnik und der Fleischkonzerne aufzubauen:

[www.bund.net/mitgliedwerden](http://www.bund.net/mitgliedwerden)

Auf [www.bund.net](http://www.bund.net) finden Sie Tipps für eigene Aktivitäten. Zum Beispiel die BUND-Leitfäden zur Gründung gentechnikfreier Regionen und gegen Massentierhaltungsanlagen, die BUND-Agrarbroschüre mit Hintergründen zu Fleischproduktion und Klimaschutz sowie Service-Infos zu ökologischen und gentechnikfreien Lebensmitteln.

# TIERFABRIKEN?

NEIN

DANKE



Werden Sie Mitglied  
beim **BUND** und Teil einer  
großen Gemeinschaft für  
ökologische und tiergerechte  
Landwirtschaft!

[www.bund.net/mitgliedwerden](http://www.bund.net/mitgliedwerden)

Spendenkonto:  
**BUND e.V.**,  
Konto 232,  
Sparkasse  
KölnBonn,  
BLZ 370 501 98